

Weltfinanzsystem

So geht es nicht weiter

Ökonomische Theorien entstehen aus vereinfachten Beschreibungen historischer Wirtschaftslagen. Veränderte Wirtschaftslagen erfordern Überprüfungen, manchmal auch veränderte Modelle der Erklärung und des Handelns. Die Entwicklung der globalisierten Finanzmärkte legt die Vermutung nahe, daß die alten Theorien versagen, wenn es darum geht, ein neues System zu schaffen, das – wie das Bretton-Woods-System von 1944 – wieder ein halbes Jahrhundert lang Bestand haben kann.

»Erst wäg's, dann wag's«, wußten die alten Kaufleute, die Chancen und Risiken als zwei Seiten der selben Medaille begriffen. Die Weltfinanzinstitutionen sind keine Gratisversicherung für Spekulanten und keine Befehlsempfänger einzelner Mitglieder. Auch die private Stützungsaktion für einen taumelnden Hedge Fund ist noch mit dem Makel behaftet, daß die Steuerausfälle letzten Endes zu Lasten unbeteiligter Steuerzahler gehen werden.

Die G7 haben als Sofortmaßnahmen beschlossen, weitere Fazilitäten bereitzustellen, die insbesondere unverschuldet in Not geratenen Ländern helfen soll (wie derzeit Brasilien). Die immer wieder geforderte Transparenz soll verbessert werden, nicht zuletzt durch Veröffentlichung von Transparenzberichten. Schließlich sollen (durch OECD und Weltbank) internationale Richtlinien für »gute Unternehmensführung« (»good governance«) ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Unter den Folgen der Krisen leiden außer den direkt betroffenen Ländern vor allem die Länder der dritten Welt.

Weltbank

Atlas einer geteilten Welt

»Weltbankatlas« nennt die Weltbank ein Zahlenwerk, das die wirtschaftliche Situation aller Länder der Erde darstellt. Der Atlas von 1990 zeigte, daß die Kluft zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern in den achtziger Jahren größer geworden war. Der Atlas von 1998 (mit Zahlen für 1996) läßt keine Trendwende erkennen, wie das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in der Ausgabe 24 des »ifo schnellendienstes« analysiert.

Eine wesentliche Ursache liegt in der Bevölkerungsentwicklung. Während in den entwickelten Regionen die Bevölkerungsgröße stagniert, steigt sie in den Entwicklungsländern weiterhin an und zerrt, rein statistisch gesehen, an allen Pro-Kopf-Zahlen. Die Bevölkerung des afrikanischen Kontinentes (ohne Inselstaaten) wuchs von 1990 bis 1996 um durchschnittlich 2,5 % jährlich, der afrikanische Anteil am Weltsozialprodukt sank im selben Zeitraum von 3,7 auf 1,5 %. 20 % der Weltbevölkerung erwirtschafteten 80 % des Weltsozialproduktes von 29.000 Mrd. \$.

Electronic Commerce

Digitale Produkte analog besteuern?

Steuergesetze werden unterschiedlich begründet, dienen aber stets der Erzielung öffentlicher Einnahmen. Dieser praktische Zweck bestimmt auch die Formen der Besteuerung. Arbeits- und Zinseinkünfte – anders als andere Einkünfte – an der Quelle zu besteuern, beispielsweise, ist nicht gerecht, aber für den Fiskus ebenso einfach wie ergiebig. Die Anwendung von Steuergesetzen auf grenzüberschreitende Tatbestände ist vergleichsweise schwierig und hat zu einer Vielfalt bilateral vereinbarter Doppelbesteuerungsabkommen geführt.

Der elektronische Handel mit digitalen Produkten stellt eine Herausforderung dar, welcher mit konventionellen Mitteln überhaupt nicht mehr begegnet werden kann. Der »räumliche Geltungsbereich« eines Gesetzes, die Definition einer »Betriebsstätte« etc. lassen sich auf die bunte Welt des standortlosen World Wide Web nicht schlüssig anwenden. Erschwerend für den Fiskus kommt hinzu, daß erstens dieser Vertriebsweg fast überall staatlich gefördert wird (was gegen die Einführung einer Internet-Steuer spricht), und zweitens nur multilaterale Abkommen geeignet sind, diese Probleme zu lösen (was wegen der unterschiedlichen Interessenlagen schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein dürfte).

Die Notwendigkeit einer internationalen Vereinbarung wird allgemein gesehen, konkrete Beschlüsse sind gleichwohl nicht in Sicht. Die Tagung der OECD-Fachminister im Oktober in Ottawa, an der auch der WTO-Generaldirektor teilnahm, ließ jedenfalls keine Annäherung erkennen. Umstritten sind neben der Besteuerung vor allem die Daten-Verschlüsselung und die Regelung der Entschlüsselungsansprüche des Staates gegenüber den Unternehmen (Offenlegungspflicht). Die amerikanische Haltung: Freiheit für alles, außer für Kryptographie-Produkte, stellt dabei ein (in der Grundhaltung widersprüchliches) Extrem dar; die europäische Neigung, alles möglichst detailliert zu regeln und zu überwachen, das andere.

Investitionsschutzabkommen

MAI-Land ist fern

Die OECD-Mitglieder sowie eine Reihe von Nichtmitgliedern arbeiten seit 1995 am Entwurf eines multilateralen Investitionsschutzabkommens (MAI). Die jüngste Verhandlungsrunde, im Oktober, fand ohne Frankreich statt, das die Fortsetzung dieser Bemühung lieber der Welthandelsorganisation WTO überlassen möchte.

Das MAI ist genauer gesagt ein Abkommen, das die Nichtdiskriminierung ausländischer Investoren in den Signatarstaaten bewirken soll. Der Streit im Kreis der OECD-Staaten schließt denn auch alle derzeit strittigen Formen »guter« (selber geübter) und »schlechter« (von anderen geübter) Diskriminierung ein, was die Verhandlungen sehr schwer macht. Zu den heftig umstrittenen Themen gehören die amerikanischen »exterritorialen« Gesetze, die ausdrücklich diskriminierende Ziele

verfolgen (Helms-Burton und d'Amato), und die Bestechung, die in einigen Staaten, auch in Deutschland, steuerlich begünstigt ist. Einen Fortschritt der jüngsten Verhandlungsrunde stellt der nunmehr weit gefaßte Investitionsbegriff dar.

Frankreichs Ausstieg wird ferner mit der Sorge begründet, daß die Gleichbehandlung von Investoren zum Schwund der kulturellen Eigenständigkeit führen wird. In vielen Ländern wird von wichtigen Interessengruppen darüber hinaus befürchtet, daß die erreichten Sozialstandards nivelliert werden könnten.

Deutschland

Konjunktur

Weiter geht's

Konjunktur-Prognosen haben im Herbst Konjunktur. Die Breite der nebeneinander gestellten Vorhersagewerte ist in Wahljahren besonders groß. Wenn man sich schließlich klarmacht, daß die Veröffentlichung der Gutachten und deren öffentliche Kommentierung Bestandteile eines selbstreferentiellen Systems sind, dessen Eigendynamik gewöhnlich außer Betracht bleibt, fühlt sich der Beobachter letzten Endes auf sich selber zurückverwiesen.

Die OECD zeichnet ein weitgehend positives Bild der Lage nach der Devise: Besser etwas besser als etwas schlechter. Das Wachstum wird für 1988 bei 2,75 %, für das nächste Jahr bei 3 % angenommen, die Arbeitslosigkeit wird leicht zurückgehen, und die Staatsfinanzen entwickeln sich planmäßig in Richtung auf einen verminderten Schuldenstand gemäß den Maastricht-Kriterien. Dem Länderfinanzausgleich wird in dem Gutachten ein auffallend starkes Interesse entgegengebracht. Am Ausgleich selber wird festgehalten, die konkrete Ausgestaltung allerdings wird als fortschrittshemmend angesehen.

Zum Vergleich: Die Europäische Kommission rechnet für die EU im laufenden Jahr mit 2,9 % Wachstum, 1999 mit 2,4 % und 2000 mit 2,8 %. Im selben Zeitraum soll die Arbeitslosenquote von 10,7 auf 9 % zurückgehen. Die insgesamt positive Entwicklung führt die Kommission nicht zuletzt auf die Anstrengungen zurück, die nötig waren und sind, um die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion voranzubringen.

Die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik Deutschland kommen in den Aussagen über die Grundtendenzen übereinstimmend zu ähnlichen Ergebnissen, wenn auch für das kommende Jahr nur mit 2 bis 2,3 % Wachstum. Sie betonen stärker die nachlassende Exportkonjunktur, deren negative Folgen nur durch eine anziehende Binnenkonjunktur ausgeglichen werden können.

Außenhandel

Exportrekord, Importrekord

Exporte im Gesamtwert von 888,6 Mrd. DM (entsprechend +12,6 %) und Importe von 72,1 Mrd. DM (+11,8 %) bedeuten Rekorde des deutschen Außenhandels seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Der Saldo ist der vierthöchste der Nachkriegsgeschichte. Bedeutendste Region war nach wie vor Europa mit Anteilen von 73,8 % bzw. 72,6 % (Export bzw. Import), wobei die mittel- und osteuropäischen Länder relativ an Bedeutung verloren (bei absoluten Zuwächsen von 29,3 % bzw. 21 %). Ähnliches gilt für die NAFTA-Staaten mit relativen Rückgängen bei absoluten Zuwächsen um 30,1 % bzw. 17 %.

Für das laufende Jahr werden Exportzuwächse von etwa 10 % erwartet, für das Jahr 1999 nur noch von 7 bis 8 %. Diese Zahlen entstammen der Zusammenfassung von Ergebnissen einer Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) bei Industrieverbänden. Die Gründe für die Abschwächung der Exportkonjunktur liegen auf der Hand: die nicht überwundene Krise in Asien, die unübersehbare Situation in Rußland, die nicht recht einzuschätzende Bedrohung des südamerikanischen Wirtschaftsraumes und schließlich die Abflachung der amerikanischen Konjunktur. Insgesamt scheint die deutsche Wirtschaft aber gerüstet zu sein, um auch unter schwierigeren Bedingungen überdurchschnittlich gut bestehen zu können.

Bei den Direktinvestitionen ist zu erkennen, daß die Krise in Asien bereits den Anfang eines Gesundungsprozesses zu erkennen gibt. Hinter den geplatzten Luftblasen des Finanzsektors drängen fundierte realwirtschaftliche Leistungen ins Bild. Die Währungskrise stellt aus der Sicht ausländischer Investoren eine Chance dar, zu günstigen Konditionen aufbauen oder zukaufen zu können. Die deutschen Direktinvestitionen erreichten im ersten Halbjahr 1998 3,3 Mrd. DM (nach nur 0,8 Mrd. im entsprechenden Vorjahreszeitraum). Auch Japan und China bleiben interessant (nur Hongkong verliert zusehends an Attraktivität).

Der Standort Deutschland profitiert sehr deutlich von der Rückbesinnung auf »emerged markets« (nach dem Rückzug aus den »emerging markets« der derzeitigen Krisenregionen). Ein Nettozuwachs von 15 Mrd. DM in einem Halbjahr ist der höchste Wert, der seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen in den fünfziger Jahren erzielt wurde. Deutschland zieht damit bereits jetzt sichtbar Nutzen aus der Entwicklung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: 90 % des ausländischen Investitionskapitals stammen jedenfalls aus EU-Staaten.

Außenwirtschaftsförderung

Konsistenz, Transparenz, Effizienz: der BDI fordert grundlegende Reformen

Wer wollte nicht die Außenwirtschaft fördern, jedoch gewollt ist noch nicht gekannt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) regt in einer kürzlich

vorgelegten Studie an, die Außenwirtschaftsförderung zu bündeln und zu reformieren. Gefordert werden darin, wenn man die Ausführungen zusammenfaßt, insbesondere: Konsistenz (aufeinander abgestimmte Fördermaßnahmen), Transparenz (insbesondere für den Mittelstand sollen einfachere Zugangsmöglichkeiten zu Informationen und Fördermitteln geschaffen werden) und Effizienz (Benchmarking: Ausrichtung an der Fördertätigkeit anderer Staaten).

Möglichkeiten, diese Ziele besser als bisher zu erreichen, sieht der Verband viele. So wird eine stärkere Beteiligung der interessierten Wirtschaft, vertreten durch Verbände, propagiert. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI) soll privatisiert und in die Regie von Unternehmensverbänden übernommen werden. Die Auslandshandelskammern und die Wirtschaftsabteilungen der deutschen Botschaften sollen zusammengelegt werden. Die Durchdringung von Wissenschaft und Praxis soll verbessert werden. Und schließlich soll der »Interministerielle Ausschuß Außenwirtschaft« um eine politische Komponente ergänzt werden.

Mittelstandsförderung

Gut gemeinte Behinderung

Wer wollte nicht den Mittelstand fördern: EU, Bund und Länder wollen es. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sieht sich in ihrem Bemühen, ihre Kredite besonders zinsgünstig anzubieten, derzeit behindert. Die Behinderung geht von der EU aus, die darüber wacht, daß die Wirtschaftsförderung die Grenze zur unerlaubten (sprich: wettbewerbsverzerrenden) Subventionierung nicht überschreitet. Wettbewerbshüter sollten allerdings fähig sein zu erkennen, was der Wettbewerb selber für Spielräume schafft: Eine Förderung zu überhöhten Konditionen jedenfalls ist keine.

Europäische Union

AKP-Abkommen

Fortschreiben oder fortschreiten?

Sicher ist derzeit nur so viel: das geltende, sogenannte Lomé-Abkommen läuft im Februar 2000 aus. Es räumt 71 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten), überwiegend ehemaligen europäischen Kolonien, dazu Südafrika, Präferenzen ein, die insgesamt als Beitrag zur Entwicklungshilfe dienen sollen. Am bekanntesten ist die umstrittene Bananenmarktordnung der EU. Das Entwicklungsziel ist nicht erreicht worden, und Präferenzierungen sind eigentlich mit den Regelwerken der Welthandelsorganisation WTO nicht vereinbar. Deshalb ist derzeit nicht abzusehen, wie das Folgeabkommen aussehen wird.

Das hohe Ziel wird weit gefaßt – wohl nicht zuletzt mit Blick auf die WTO. Aus der historisch bedingten Begünstigung soll eine umfassende Entwicklungspartnerschaft werden, um für die AKP-Staaten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähig-

keit auf allen Weltmärkten zu erreichen. Die Hilfe soll dabei nicht allein auf die wirtschaftliche Entwicklung gerichtet werden, sondern ein weites Feld umfassen: vom Umweltschutz über Sozialstandards bis hin zu Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Diese Vision ist nicht ganz neu. An Geld für die eigentlichen Hilfeleistung fehlt es auch nicht (der Europäische Entwicklungsfonds sollte allerdings in den Haushalt eingegliedert werden). Die Hoffnung der Entwicklungsländer ist verständlicher- und zugleich fatalerweise auf landwirtschaftliche Produkte aufgebaut. Alles Banane?

Geldwäsche

Verstärkter Kampf

Die weltweit und auch in den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Gesetze gegen die Geldwäsche haben sich bewährt. Jetzt wird daran gedacht, die Kataloge der Meldeanlässe und der zu Meldungen Verpflichteten auszuweiten und den Kreis der Straftaten, aus denen das Geld stammt, auszudehnen.

Nach dem Finanzdienstleistungssektor sollen auch Rechnungsprüfer, Rechtsanwälte, Immobilienmakler und Spielcasinos zu Meldungen verpflichtet werden. Außer den Erträgen aus Drogengeschäften, wie bisher, sollen künftig auch solche aus terroristischen Aktionen, aus dem Waffenhandel, dem Menschen- und dem Organhandel, dem illegalen Antiquitätenhandel, der Prostitution, dem Glücksspiel, aus Entführung, Erpressung, Raub und Betrug berücksichtigt werden.

Rechtzeitig vor dem Umtausch des Bargeldes im Zuge der Umstellung auf den EURO sollen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß unrechtmäßig erworbenes Gut nicht legalisiert werden kann, auch nicht durch international operierende kriminelle Vereinigungen.

Amerika

Vereinigte Staaten

Unangefochten die Nr. 1

Das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft läßt etwas nach, die Exporte gehen zurück, die Kauflust aber nicht, zumal wo sie auf billige Importgüter gerichtet ist. Trotz vermutlich mehr als 230 Mrd. \$ Handelsbilanzdefizit in diesem Jahr herrscht noch allseits Zufriedenheit, wenn man davon absieht, daß verstärkt protektionistische Maßnahmen gefordert werden (Anti-Dumping-Strafzölle genannt). Die jüngsten Zinssenkungen dürften allerdings nicht nur eine Reaktion auf die niedrigen Inflationsraten der vergangenen Quartale sein, sondern auch einen Versuch darstellen, dem Konjunkturmotor eine neue Kraftquelle zu erschließen. Die niedrige Inflationsrate von 1,5 % die niedrige Arbeitslosenquote von 4,6 % und Haushaltsüberschüsse tun ein übriges, daß die Nr. 1 unter den G7-Staaten weiterhin beneidet wird.

Kanada

Autonomie im Nordwesten

Die Northwest Territories nehmen eine Fläche von 3,3 Mio. km² ein, etwa ein Drittel der Gesamtfläche des Landes. Dieses nahezu menschenleere Gebiet wird in zwei weitgehend autonome Regionen aufgeteilt werden. Der östliche Teil mit der Hauptstadt Iqaluit soll Nunavut heißen, er wird überwiegend von Inuit (Eskimos) bewohnt (insgesamt etwa 25.000). Der andere Teil mit der Hauptstadt Yellowknife hat noch keinen Namen. Seine knapp 40.000 Bewohner sind Indianer, Inuit, Mischlinge und etwa genau so viele Zugewanderte. Der Zentralstaat unterstützt die Bevölkerung weiterhin und will insbesondere zur Erschließung der reichen Bodenschätze beitragen.

Mexiko

Erhöhter Puls

Die Tequilakrise von 1994/95 ist nicht vergessen. Die Erfolge, die seither erzielt wurden, werden anerkannt, ein leichtes Schlingern in der Folge der aktuellen Krisen der Weltwirtschaft wird hingegenommen (zumal angesichts des Verfalls der Rohstoffpreise), eine ernsthafte Vertrauenskrise der Investoren nach so wenigen Jahren könnte den Anfängen einer grundlegenden Neuausrichtung der mexikanischen Wirtschaft allerdings einen empfindlichen Dämpfer versetzen.

Mexiko ist durch seine Mitgliedschaft in der NAFTA zwar besser geschützt als seine südlichen Nachbarn, sollte Lateinamerika aber in eine Krise geraten, kann auch Mexiko mitgerissen werden, zumal das Erdöl derzeit weit weniger Devisen ins Land bringt als in normalen Jahren.

Die ungünstige weltwirtschaftliche Lage verschärft die Diskussion über die Beseitigung der Spätfolgen der Peso-Krise. Der nationale Fonds, in den umgerechnet 100 Mrd. DM an faulen Krediten provisorisch übernommen wurden, »stinkt« noch immer. Der Finanzsektor bedarf dringend der Umstrukturierung.

Das Wachstumsziel von 4,8 % wird nicht erreicht, das Ziel, die Inflationsrate von 15,7 auf 12 % abzusenken, wohl auch nicht, die Zinspolitik bändigt den Peso noch, die von 20 auf 30 % gestiegenen Zinsen drohen aber die Binnenkonjunktur, die derzeit die gesamte wirtschaftliche Entwicklung stützt, abzuwürgen.

Die Unternehmen im Land geben sich überwiegend zufrieden, der frei floatende und in der letzten Zeit stark schwankende Peso-Kurs aber zeigt den erhöhten Puls. Die Nähe zum und die Abhängigkeit vom großen Nachbarn USA läßt den Wunsch, den Peso ganz abzuschaffen und den US-Dollar offiziell als Landeswährung einzuführen, nicht mehr verstummen.

MERCOSUR

Landwirtschaft steht Freihandelsabkommen mit der EU im Wege

Die Mitgliedstaaten der EU sind der größte Außenhandelspartner der MERCOSUR-Staaten. Die europäischen Exporte (vorwiegend Industrieprodukte) nehmen ständig zu, die Importe dagegen (vorwiegend Agrarprodukte) stagnieren. Der wesentliche Grund dafür ist die hohe Zoll- und Quotenmauer der EU zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft.

Das Freihandelsabkommen, das im Jahr 2005 in Kraft treten soll, wird deshalb von der europäischen Industrie vorangetrieben und von der Landwirtschaftslobby behindert. Die MERCOSUR-Staaten fordern verständlicherweise Freihandel auch für Agrarprodukte, um das Außenhandelsdefizit (aus ihrer Sicht) von zuletzt über 6 Mrd. \$ (1997) zurückführen zu können.

Die Osterweiterung der EU wird die Agrarprobleme im Innern verschärfen. Das liegt hauptsächlich daran, daß die Landwirtschaft in den beitriftswilligen Ländern eine weitaus größere Bedeutung hat als im Europa der 15. Eine Folge davon ist die mit der Agenda 2000 angekündigten Reform in Verbindung mit der aktuellen Diskussion der Finanzbeiträge (der sogenannten Nettozahlungen). Die Landwirtschaft gerät in die Defensive, ein Abkommen mit dem MERCOSUR würde die Lage verschärfen. Die Vorzeichen für den Ausbau von Entwicklungspartnerschaften im weiteren Sinne sind deshalb eher düster. Darunter leidet freilich nicht nur die Glaubwürdigkeit der Europäer in den Entwicklungsregionen, sondern auch die exportorientierte europäische Industrie.

Das erste Forum auf Unternehmer-Ebene soll im Februar in Rio de Janeiro stattfinden, der erste EU-Lateinamerika-Gipfel im Juni. Schon im Jahr 2000 soll das im zweiten Anlauf offenbar gelingende Abkommen zwischen dem MERCOSUR und den Andenpakt-Ländern in Kraft treten. Der gemeinsame südamerikanische Markt, der schon jetzt der viertgrößte der Welt ist, würde dann 300 Millionen Menschen umfassen (bisher: 200).

Peso, Real und Dollar

Die argentinische Wirtschaft setzt auf Solidität als Fundament der Glaubwürdigkeit. Der Peso ist an den US-Dollar gebunden, die Währungsreserven decken den gesamten Geldumlauf. Das noch nicht über jeden Zweifel erhabene Bankwesen ist zusätzlich durch Feuerwehrfonds geschützt, die einzelne Zusammenbrüche gegebenenfalls auffangen sollen.

Die Dollarbindung stellte bisher eine Stärke dar. Versuche, dem großen Nachbarn Brasilien das selbe Rezept schmackhaft zu machen, sind allerdings ebenso fehlgeschlagen wie ein Anlauf zur Einführung einer gemeinsamen Währung (nach dem Modell des EURO). Der als überbewertet geltende brasilianische Real ist bisher kontrolliert abgewertet worden (um 6 bis 7 % jährlich). Da Brasilien die Krisen in

der Weltwirtschaft stärker zu spüren bekommt, droht derzeit eine Real-Abwertung, welche die argentinischen Exporte in das Nachbarland zum Erliegen bringen oder eben die Dollarbindung zu Fall bringen würde. Stattdessen könnte aber auch in Brasilien der Weg der Dollarbindung gewählt werden, welche zugleich Real und Peso in ein starres Verhältnis zueinander setzen würde.

Keine der möglichen Maßnahmen würde nur Vorteile bringen. Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist unversehens die Rolle eines Moderators zugewachsen. Brasiliens Binnenkonjunktur ist schwach, das Land braucht höhere Exporte, eine Real-Abwertung wäre hilfreich. Die brasilianischen Handelspartner könnten – je nach Bedeutung des bilateralen Handels – versucht sein, »kompetitiv abzuwerten«, ein regelrechter Abwertungswettkampf würde aber mit Sicherheit die Region in eine Krise treiben, die niemandem nützt.

Asien und Australien

China

Das Lächeln des Drachens

Vor einigen Jahren war weltweit die große Freiheit angesagt: freier Handel und freier Kapitalverkehr, freie Wechselkurse usw. China sperrte sich dagegen und sperrt sich bis heute. Die totale Öffnung der Grenzen gibt es nicht, was im Westen als halbherziges Abgehen vom alten sozialistischen Kurs belächelt wurde. Der Renminbi Yuan ist nicht frei konvertierbar. Weder im privaten noch im öffentlichen Sektor gibt es nennenswerte Abschreibungsrufen als Ausdruck übermäßig vorhandenen Kapitals.

Inzwischen mehren sich die Stimmen, daß genau diese Haltung dem riesigen Entwicklungsland die Kraft gibt, den weltwirtschaftlichen Krisen zu widerstehen. Der Yuan wird unerwartet stabil gehalten (die Exportrückgänge gehen zu Lasten des Wachstums, nicht des Wechselkurses). Kostenvorteile werden im eigenen Land gesucht, nicht in noch ärmeren, der Entwicklungsabstand der Küstenregionen vom Hinterland erlaubt diese Strategie, die ihrerseits den weniger entwickelten Regionen zum Anschluß an den wirtschaftlichen Fortschritt im Land verhilft. Und selbst die aktuellen Probleme Hongkongs lassen sich nicht in Bausch und Bogen der chinesischen Führung zuweisen.

Alles in allem ist derzeit China mehr als Japan der Stabilitätsfaktor im krisengeschüttelten Raum Südostasien.

Und noch eine Bestätigung für die Richtigkeit eines eigenen chinesischen Weges läßt sich aus den Berichten ausländischer Investoren über Erfolge und Mißerfolge im chinesischen Raum herauslesen. Erfolg hat, wem es gelingt, Verständnis für die Kultur, für die Mentalität, kurz: für die Identität des Landes bzw. der Region zu gewinnen. Typisch westliche Rezepte dagegen (Wahl der Rechtsform und andere rational begründete Faktoren) allein garantieren den Erfolg keineswegs. Dieses

chinesische Beharren zeigt eine auffallend große Nähe zum französischen Standpunkt, wie er jüngst durch den Ausstieg aus den MAI-Verhandlungen deutlich wurde.

Nicht alle Chinesen tragen diesen Kurs mit. Das Land beobachtet mit Sorge die Zunahme illegal erworbener und unterhaltener Devisenreserven, welche die Währungspolitik unterlaufen und ihren Erfolg gefährden. Verschärfte Kontrollen und Strafandrohungen sollen den Wildwuchs zurückführen. Ganz wird das nicht gelingen. Eine etwas geöffnete Grenze bringt unweigerlich auch etwas gemischte Verhältnisse hervor.

Gemischte Verhältnisse herrschen auch im Finanzsektor. Lange wurde der Eindruck erweckt, ausländische Finanzanlagen werden vom Staat gedeckt, auch wenn einer der großen Regionalfonds in Schwierigkeiten geraten sollte. Dies scheint nun, da der Fall eintrat, doch nicht so gemeint gewesen zu sein, was den Kapitalzufluß erheblich beeinträchtigen dürfte.

Auch im Export entstehen aus der regionalen Verlagerung der Probleme neue. Was die asiatischen Märkte nicht aufnehmen können, wird mit niedrigen Preisen in die USA und die EU exportiert mit der Folge, daß China große Handelsbilanzüberschüsse aufbaut. Auf Dauer ist das keine Lösung. Der Preis für den Zugang zu den westlichen Märkten kann nur die weitere Öffnung der eigenen Grenzen sein bis hin zur Qualifizierung für einen WTO-Beitritt, den beide Seiten fordern – nur zu unterschiedlichen Bedingungen.

Japan

Fadenscheiniger Kimono

Not macht erfinderisch, Wohlstand offenbar eher hilflos. Der erste Versuch, die angeschlagene japanische Wirtschaft durch Wachstumsimpulse aus staatlichem Handeln auf den gewünschten Weg zurückzubringen, ist fehlgeschlagen. An die Stelle des geplanten (bescheidenen) Wachstums ist reale Schrumpfung getreten. Dabei ist das Wachstum als Heilmittel nicht zuletzt deswegen so beliebt, weil es strukturelle Gebrechen verschleiert. In der Rezession werden die Mängel umso greller beleuchtet.

Die (vorübergehende) Verstaatlichung notleidender Kreditinstitute hat nur insofern positive Wirkung, als die negativen Impulse, die aus dem Vertrauensschwund resultieren, etwas gemildert werden. Nicht vergessen werden aber darf die Tatsache, daß einem notleidenden Kredit in der Regel ein notleidendes Unternehmen korrespondiert.

Als nächstes wird versucht, die Binnenkonjunktur durch Steuerverzichte zugunsten der privaten Haushalte und der Unternehmen zu beleben. Außer Geld braucht es aber erfahrungsgemäß auch Zuversicht in die weitere Entwicklung, um mehr zu konsumieren, erst recht, um mehr zu investieren. An dieser Zuversicht aber scheint es weithin zu mangeln. Das Stimmungsbarometer der japanischen Zentralbank ist

vom zweiten zum dritten Quartal von +38 auf -51, also praktisch in den Keller gefallen. Überhaupt scheint der vierteljährliche Konjunkturbericht der Zentralbank (Tankan genannt) am zuverlässigsten über die wirtschaftliche Lage des Landes zu berichten.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (offiziell 4,3 % Arbeitslosigkeit) zeigt typische Spuren der Rezession: Die Investitionsgüterindustrie und die von ihr abhängigen Branchen bauen (wegen des negativen Akzeleratoreffektes) verstärkt Arbeitsplätze ab. Mit weiterer Zunahme dieser Tendenz wird gerechnet.

Als Motor für die Krisenregion fällt die japanische Wirtschaft praktisch aus. Die großen Währungsreserven sollen immerhin verstärkt für finanzielle Hilfeleistungen eingesetzt werden. Im Außenhandel sucht Japan selber das Heil in mehr Exporten und nimmt dabei in Kauf, daß die bilateralen Ungleichgewichte, insbesondere im Verhältnis zu den USA, zunehmend aber auch zur EU, weiter anwachsen. Tatsächlich wachsen die Defizite zur Zeit hauptsächlich durch japanische Importverzichte, nützen also nur den reichlich vorhandenen Devisenreserven, nicht aber der Konjunktur. Im Drängen der übrigen G7-Mitglieder, die eigene Wirtschaft in Ordnung zu bringen, schwingt zugleich der verständliche Wunsch der Amerikaner und der Europäer mit, die eigenen Handelsbilanzdefizite gegenüber Japan verringern zu können.

Mittelfristig erfolgreich sein können nur Reformen, die das Übel an der Wurzel packen. Dazu gehören ein Generationswechsel, insbesondere in den Unternehmen der Finanzwirtschaft, die Öffnung der Märkte für ausländische Exporteure und Direktinvestitionen sowie die Ausrichtung der Tätigkeit von Aufsichtsorganen an internationalen Standards. Das ist gewiß leichter gesagt als getan, entspricht aber im wesentlichen Erfahrungen, die andere Volkswirtschaften bereits gemacht haben oder selber gerade machen.

Afrika

Westafrika

Einheitswährung geplant

Das Nachleben der französischen Kolonialherrschaft in Westafrika ist nicht zuletzt sichtbar im CFA-Franc, der (im Verhältnis 100 CFA-Francs = 1 FF) fest an den Französischen Franc gebunden ist und deshalb vom nächsten Jahr an faktisch zur EURO-Zone gehören wird.

Nur zum Teil deckungsgleich mit der Communauté Financière Africaine (CFA) ist die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), die beschlossen hat, im Jahr 2000 eine Gemeinschaftswährung einzuführen, die Westafrikanische Noteneinheit, abgekürzt: WAUA. Die WAUA wird an den US-Dollar gebunden (im Verhältnis 1 WAUA = 1,36 \$) und steht dadurch im »Wettbewerb« mit dem EURO.

Acht ECOWAS-Mitglieder gehören der CFA an (Benin, Burkina Faso, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo), die acht anderen nicht (die Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, die Kapverden, Liberia, Mauretanien, Nigeria und Sierra Leone). Die Mitglieder beider Gemeinschaften haben diesen Schritt in der Vergangenheit verzögert. Jetzt müssen sie sich entscheiden. Werden sie (wieder) die europäische Karte ziehen oder die afrikanische?

Europa

Türkei

Unerfüllte Liebe zum Westen

Im Europa der 15 wird auf Nachkommastellen gestarrt, wenn es um die Erfüllung der Maastricht-Kriterien geht. In der Türkei sinkt die Inflationsrate im laufenden Jahr vermutlich von über 100 auf etwa 50 %. Allein die staatliche Rentenversicherung macht mehr neue Schulden als nach EWU-Regeln insgesamt erlaubt wären. Die ausländischen Kapitalanleger behandeln das Land wie die Schwellenländer in Asien oder Lateinamerika und ziehen ihr Kapital ab, wenn »emerging markets« gemieden werden (wie nach dem Eintritt der Rußland-Krise). Staatsanleihen sind derzeit nur mit hohen Zinsaufschlägen absetzbar.

Die EU ist der wichtigste Wirtschaftspartner, mit dem direkten EU-Nachbarn Griechenland wird eine auf gegenseitiger Ablehnung beruhende Feindschaft »gepflegt« – trotz der gemeinsamen NATO-Mitgliedschaft (allein dieser Umstand dämpft die Hoffnung, ein EU-Beitritt könnte entscheidend zur Entspannung des Verhältnisses beitragen). Der Zypern-Konflikt verschärft die Situation zusätzlich, zumal Beitrittsverhandlungen der Inselrepublik mit der EU anstehen, während der türkisch besetzte Teil international nicht anerkannt ist und die Beitrittsverhandlungen mit dem türkischen Mutterland auf unbestimmte Zeit verschoben sind.

In den 75 Jahren seit Ausrufung der Republik hat es das Land nicht geschafft, die selber gewählte »westliche« Richtung konsequent einzuschlagen. Zwar wurde die Säkularisierung des Staates durchgesetzt, die türkischen Lebensverhältnisse muten die Mitteleuropäer aber in wesentlichen Teilen immer noch eher orientalisches als westlich an. Das bekommt auch die junge türkische Unternehmergegeneration zu spüren, die bestrebt ist, ihre Auslandserfahrungen im eigenen Land einzusetzen.

Rußland

Im Loch seiner Geschichte

Regime wechseln, das Schlangestehen bleibt: Rußlands erste Erfahrungen mit der Marktwirtschaft sind durchaus geeignet, die Zerrbilder des Kapitalismus aus Sowjetzeiten wiederzubeleben. Umgerechnet etwa 200 Mrd. DM sind ins Land geströmt und stehen nun größtenteils als Schulden zu Buche (mit einer Zinslast im Gefolge, welche die Hälfte der Staatseinnahmen verschlingt). Die aufbrechende Asienkrise

leitete 1997 das Ende der ersten Phase ein, die gekennzeichnet war durch politische motivierte Hilfs- und andere Aktionen, begleitet von umfangreichen Finanzspekulationen.

Anders als viele seiner ehemaligen Satelliten kann Rußland auf keine, sei es auch verschüttete, demokratische Tradition zurückgreifen, das Land fiel sozusagen in das Loch seiner eigenen Geschichte. Das viele Geld, erst aus Deutschland (60 Mrd. DM für die Wiedervereinigung), später vom IWF und privaten Anlegern, hat den Reformdruck eher gemindert und Begehrlichkeiten geweckt und befriedigt, die das Land nicht vorangebracht haben. Für das kommende Jahr sind Umschuldungsverhandlungen angekündigt. Trotzdem wird die Notenpresse weiterhin benötigt.

Im Machtvakuum haben sich Strukturen ausgebreitet, die nur schwer unter rechtsstaatliche Kontrolle zu bringen sein dürften. Die Schwäche Moskaus läßt einige Mitglieder der Russischen Föderation nach Unabhängigkeit streben, vorzugsweise solche, die mit Bodenschätzen wohlversehen sind. Die Aufgabe der Demokratisierung des politischen Systems und des Neuaufbaus von Wirtschaft und Verwaltung ist nach wie vor zu leisten. Die dafür so nutzbringend einsetzbaren Kredite und Hilfsleistungen fehlen jetzt weitgehend.

Die Erfahrungen von Unternehmen, die sich in Rußland engagieren, zeigen auch positive Seiten. Engagements, aus denen immerhin die Kraft zum Durchhalten gewonnen wird, lehren, daß die Bündelung von Stärken zum Erfolg führen kann, die Mißachtung von Schwächen dagegen zur Aufgabe. Schwächen sind z.B. der Rubelkurs und die Binnennachfrage nach (teuren) Importgütern, Stärken z.B. Rohstoffvorkommen und niedrige Rohstoffpreise.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 6/98. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Dezember 1998: Deutscher Wirtschaftsdienst.